**Zeitschrift:** Curaviva : Fachzeitschrift

**Herausgeber:** Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

**Band:** 77 (2006)

**Heft:** 10

**Artikel:** Kommentar : zum Ständeratsentscheid bezüglich der Pflegefinanzierung : frostige Signale aus Flims

**Autor:** Piller, Otto

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-803969

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Kommentar: Zum Ständeratsentscheid bezüglich der Pflegefinanzierung

# Frostige Signale aus Flims

Otto Piller, Präsident Curaviva Schweiz

*In der Herbstsession in Flims hat sich der Ständerat auch mit der künftigen Pflegefinanzierung beschäftigt. Das Resultat dieser Beratung ist alles andere als befriedigend. Nach der langen Beratungszeit in der Kommission wurden allgemein eine konstruktivere Debatte und bessere, zukunftsfähigere Lösungen erwartet! Sicher wird es für die älteren und alten Menschen in unserem Land langsam unerträglich, immer wieder zu hören, sie seien schuld an den hohen Gesundheitskosten im Allgemeinen und an den Pflegekosten im Speziellen. Auch werden sie kaum verstehen, dass ausgerechnet sie, die doch wesentlich zum heutigen Wohlstand beigetragen haben, aus der solidarischen Finanzierung der Gesundheits- und Pflegekosten ausgeschlossen werden sollen. Das neue Krankenversicherungsgesetz wurde ja 1994 an der Urne nur deswegen angenommen, weil ganz klar die stationären Pflegekosten und die Spitex in die Leistungspflicht der Krankenkassen aufgenommen wurden. Die Beschlüsse des Ständerats gehen nun in eine andere Richtung: weg von der solidarischen, sozialen Finanzierung, hin zur vermehrt persönlichen Bezahlung.*

*Die Begründungen einiger Standesvertreter lassen auf wenig Kenntnis der Zahlen und Fakten schliessen. So wird einerseits behauptet, die Pflegekosten stationär wie ambulant stiegen unverhältnismässig an und würden die Krankenkassenprämien ins Uferlose wachsen lassen. Tatsache ist, dass die Krankenkassen knapp 10 Prozent ihrer Ausgaben für die Pflegekosten in den Heimen und für die Spitex aufwenden und dass der jährliche Anstieg nicht höher ist als beispielsweise bei den Spitälern. Andererseits ist es ebenso falsch, zu behaupten, dass wegen der demografischen Entwicklung diese Kosten in den nächsten Jahren explodieren werden. Dank einer guten Gesundheitsförderung im Alter, guten Medikamenten und einer besseren Ernährung können die alten Menschen mit der Unterstützung der Spitex wesentlich länger zu Hause wohnen und die mittlere Aufenthaltsdauer im Pflegeheim nimmt kontinuierlich ab. Da die Spitex wohl die günstigste professionelle Pflege überhaupt erbringt, wirkt diese Entwicklung kostendämpfend und nicht kostentreibend!*

*Geradezu grotesk wird es, wenn zur Pflegefinanzierung eine Säule 3c vorgeschlagen wird, die ab Alter 50 geäufnet werden soll. Das steuerprivilegierte Sparen in der 3. Säule der Altersvorsorge wurde geschaffen, um zusätzlich zur Altersrente noch etwas Erspartes zu haben, um damit individuelle Bedürfnisse zu befriedigen. Im Alter ein Pflegefall zu werden, gehört zu den sogenannten Lebensrisiken, die über eine solidarische und soziale Versicherung abgedeckt werden müssen. Es geht hier nun wirklich nicht um ein persönliches Bedürfnis, sondern um einen, in der Regel durch Krankheit verursachten, Pflegebedarf! Lassen wir dazu auch einmal die Zahlen sprechen: Heute leben in der Schweiz 7,5 Millionen Menschen. Davon beziehen gegen 1,7 Millionen AHV. Nur rund 80000 Menschen leben in einem Alters- oder Pflegeheim, und von diesen wiederum verursacht nur ein kleinerer Teil hohe Pflegekosten, die inklusive Hotellerie allerdings bis zu 10 000 Franken pro Monat betragen können. Hier muss eine solidarische Finanzierung greifen.*

*Auch Curaviva Schweiz ist sich bewusst, dass mit Blick auf die gesamten und immer noch wachsenden Gesundheitskosten alle mithelfen müssen, zumindest das Wachstum zu bremsen. Deshalb haben wir gemeinsam mit allen wichtigen Verbänden und Organisationen der stationären und ambulanten Pflege konstruktive Vorschläge eingebracht. Mit diesen soll sichergestellt werden, dass jedem Menschen, unabhängig vom Portemonnaie, entsprechend dem individuellen Bedürfnis die notwendigen Spitexleistungen und der Aufenthalt im Pflegeheim ermöglicht wird. Es soll auch klar geregelt werden, wer was und wie viel an die Kosten zu bezahlen hat.*
*Die Beteiligung des Leistungsbezügers darf 20 Prozent nicht übersteigen, damit er nicht in die Armut gedrängt wird. Nur so wird verhindert, dass sich eine „Zweiklassenpflege" entwickelt! Der Ständerat ging bedauerlicherweise darauf aber weder im Bereich der Spitex noch im Pflegeheimbereich ein. Seine Beschlüsse sind für uns nicht akzeptabel! Wir zählen nun auf den Nationalrat, der in den kommenden Monaten darüber befinden wird.*